



Virale Umsturzfantasien

Als am 6. Januar 2021 gewalttätige Trump-Anhänger*innen ins Kapitol in Washington D.C. eindrangen, fühlten sich deutsche Beobachter*innen an die Szenen vor dem Bundestag im August 2020 erinnert.¹ Weltweit begreifen extrem rechte Akteur*innen die globale Pandemie als Gelegenheit, ihren Hass zu verbreiten. Für US-amerikanische Milizen waren Anti-Lockdown-Demonstrationen ein wichtiges Rekrutierungsfeld. Auch in Deutschland formierte sich ein für Umsturzfantasien anfälliges, loses Bündnis aus Vertreter*innen einer radikalisierten bürgerlichen Mitte, Verschwörungsideolog*innen und gewaltbereiten Neonazis. Wie erfolgreich die extreme Rechte diese fragilen Zusammenschlüsse für ihre Ziele mobilisieren konnte, hing von ihrer Militanz und der Organisationsfähigkeit ihrer Verbündeten in politischen Machtpositionen ab.

Von Patricia Zhubi

Die Insurrektionist*innen², die am 6. Januar 2021 ins Kapitol eindrangen, hatten einen Plan. Nicht alle, die zur Trump-Rally oder einer Alternativ-Kundgebungen angereist waren, mögen davon gewusst haben, doch es gab ihn: Sie wollten die Zertifizierung des Wahlergebnisses durch den Kongress verhindern. Während Trump einer johlenden Menge südlich des Weißen Hauses erzählte, Vizepräsident Mike Pence könne als Sitzungsleiter im Alleingang das Wahlergebnis »rezertifizieren«³, versammelten sich drei Kilometer weiter schon die ersten seiner Anhänger*innen vor dem Kapitol – dem Sitz der Legislative. Die Behauptung, das Ergebnis sei

gefälscht, hatten Trump und seine republikanischen Helfer*innen schon in die Welt gesetzt, bevor sie die Wahl überhaupt verloren hatten. So wunderte es nicht, dass mit einer sich abzeichnenden Niederlage konfrontierte Verschwörungsideolog*innen unter dem Motto »Stop the Steal« (Stoppt den Diebstahl) damit begannen, die Stimmauszählung zu stören und Wahlhelfer*innen zu drangsalieren. Mit dabei: extrem rechte paramilitärische Gruppierungen wie die Proud Boys, Oath Keepers, Three Percenters und die lose organisierte, rechtslibertäre Boogaloo Boys Bewegung.

Paramilitärische Gruppierungen hatten während der »Anti-Lockdown«-Demonstrationen und im Zuge der Black Lives Matter (BLM) Proteste zahlreiche Gelegenheiten, für den Fall einer Wahlniederlage Trumps zu proben: Menschen, die nach dem Mord an George Floyd am 25. Mai 2020 gegen Rassismus und Polizeigewalt auf die Straße gingen, sahen sich regelmäßig mit rassistischen Milizen konfrontiert, die von lokalen und überregionalen Behörden toleriert und mitunter aktiv unterstützt wurden. Im August wurde ein Polizist in Wisconsin dabei gefilmt, wie er sich bei einer mit Schusswaffen und taktischer Ausrüstung ausgestatteten Gruppe bedankte (»We appreciate you guys. We really do.«)⁴ Eines der Gruppenmitglieder erschoss am selben Abend zwei BLM-Demonstranten und verletzte einen weiteren schwer. Der Täter verstand sich selbst als Mitglied einer Miliz und wurde wenige Monate später in einer Bar mit Mitgliedern der Proud Boys gefilmt. Anstatt die Morde zu verurteilen, rechtfertigte Trump sie als eine Form der Selbstverteidigung.

Ein gemeinsames Ziel

Während sich die Milizen bei BLM-Gegenprotesten als Freund und Helfer der Polizei inszenierten, zeigten sie bei den parallel stattfindenden »Anti-Lockdown«-Demonstrationen ihre Bereitschaft, sich gegen staatliche Institutionen zu wenden; selbst wenn diese die von ihnen propagierten Unterdrückungsstrukturen perpetuieren: Am 30. April 2020 – knapp zwei Wochen nachdem Trump »LIBERATE MICHIGAN!« getweetet hatte – drangen bewaffnete COVID-Leugner*innen in das Landeskapitol ein. Die Demokratische Gouverneurin, Gretchen Whitmer, wurde später Ziel eines rechtzeitig aufgedeckten Entführungsplots der Wolverine Watchmen Miliz. Zwei der Verdächtigten waren zuvor an der Konfrontation im Landeskapitol beteiligt gewesen.

Mit »Stop the Steal« gab die Trump-Kampagne dem bereits bei »Anti-Lockdown«-Demonstrationen und BLM-Gegenprotesten geformten, losen Bündnis von

Verschwörungsideolog*innen, Impfgegner*innen, christlichen Fundamentalist*innen und extrem rechten Milizen ein gemeinsames, neues Ziel: die Zertifizierung der Wahl zu verhindern. Bevor die Koalition nach D.C. kam, hatten sie bereits in zahlreichen Bundesstaaten Erfahrungen gesammelt: Im November und Dezember 2020 versammelten sich ihre Anhänger*innen vor Wahllokalen in diversen Bundesstaaten, bedrohten Wahlleitende und Gouverneur*innen, versuchten in Landeskapitole einzudringen und organisieren unter dem Motto »Million MAGA March« bereits zwei Demonstrationen in der Hauptstadt bei denen es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Gegen-demonstrant*innen kam.

Am 6. Januar 2021 kamen die Insurrektionist*innen schließlich mit kugelsicheren Westen, Helmen, Gasmasken und Plastikhandfesseln ins Regierungsviertel. Waffen sind in der Hauptstadt, anders als in den meisten Bundesstaaten, zwar verboten – dennoch war es einigen gelungen, mit Revolvern ins Kapitol einzudringen. Es war der vorhersehbare Höhepunkt eines seit Monaten schwelenden Konfliktes, der offen in sozialen Medien geplant und vom Regierungsoberhaupt befeuert worden

“ Wir kämpfen. Wir kämpfen wie verrückt. Und wenn ihr nicht wie verrückt kämpft, werdet ihr kein Land mehr haben! ”

Trump am 6. Januar 2021

war: »Wir kämpfen. Wir kämpfen wie verrückt. Und wenn ihr nicht wie verrückt kämpft, werdet ihr kein Land mehr haben« sagte Trump seinen Anhänger*innen südlich des Weißen Hauses als einige von ihnen bereits die äußerste Absperrung vorm Kapitol durchbrochen hatten. Anschließend forderte er die nach Schätzungen des Verteidigungsministeriums ca. 30.000 Anwesenden auf, zum Kapitol zu marschieren. Die Bilanz: Laut Capitol Police sollen letztendlich 800 Insurrektionist*innen ins Gebäude eingedrungen sein.

Gegenwärtig laufen über 328 Strafverfahren. Bislang konnten die Behörden in 52 Fällen Verbindungen zu extrem rechten Gruppierungen wie den Oath Keepers, Proud Boys und Three Percenters nachweisen. Mindestens 43 Verdächtige haben eine Vergangenheit im Militär; fünf sind aktive und drei pensionierte Polizist*innen. Darüber hinaus wird gegen 29 Kapitopolizist*innen wegen ihres Verhaltens während der Insurrektion ermittelt.⁵

Meanwhile in Germany

Den über Stunden andauernden Ausnahmezustand im US-Kapitol kommentierte der Verschwörungsideologe Attila Hildmann mit den Worten »Haben sie gut von uns DEUTSCHEN abgesehen!« Allerdings hatte es der Reichsfahnen schwenkende Mob im August 2020 lediglich auf die Außentreppe des Bundestages geschafft, bevor er kurze Zeit später zurückgedrängt wurde. Dennoch sind die Parallelen schwer zu übersehen – ebenso wie die Unterschiede. Seit Anfang 2020 demonstrieren in deutschen Städten sich radikalisierende Bürger*innen Seite an Seite mit Verschwörungsideolog*innen und gewaltbereiten Neonazis gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Mit revisionistischen Kampfbegriffen richtet sich der anhaltende Protest gegen den »Faschismus« des »Merkel-Regimes« und die »Corona-Diktatur«. Wie in den USA mündete die Mobilisierung in dem Versuch, in ein Regierungsgebäude – dem Sinnbild einer sonst kaum greifbaren Staatsmacht – einzudringen und anderen gewalttätigen Ausschreitungen wie dem Durchbrechen einer Polizeisperre in Leipzig. Dies- und jenseits des Atlantiks war die Eskalation durch die nicht gerade klandestine Planung vorhersehbar, die Polizei trotzdem überfordert und schlimmstenfalls kooperativ.

Heilsbringer Trump

Während es den amerikanischen Insurrektionist*innen darum ging, eine existierende Machtposition zu verteidigen, gerieren sich deutsche Corona-Leug-

ner*innen in Oppositionen zu allen etablierten Parteien. Der AfD ist es trotz zahlreicher Versuche, die Mobilisierungserfolge von Querdenken und ähnlichen Gruppierungen für sich zu nutzen, bisher nicht gelungen, aus der Krise Profit zu schlagen. Statt Björn Höcke ist auch in Deutschland Trump der Heilsbringer verschwörungsideologischer Umsturzphantasien. Kurz bevor am 29. August 2020 Reichsbürger*innen, Neonazis und Corona-Leugner*innen das Absperrgitter zur Bundestagstreppe durchbrachen, verkündete eine Heilpraktikerin bei einer Kundgebung direkt vor dem Gebäude, Trump sei nach Berlin gekommen, um das Land von der Merkel-Regierung zu befreien. Während es unter den amerikanischen Insurrektionist*innen einzelne, vorrangig militärisch geschulte Zellen gab, die reale politische Prozesse mit Gewalt unterbrechen wollten, glaubte die Menge vorm Bundestag durch die Ankunft des Heilsbringers Trump bereits gewonnen zu haben.

Akteur*innen aus dem Identitären Spektrum kritisieren QAnon daher neuerdings als strategisch problematischen »Krisenkult.« Compact-Herausgeber Jürgen Elsässer gibt QAnon wiederum die Schuld am »Scheitern« der Insurrektionist*innen in D.C. – und das, obwohl er im August 2020 neben einer vergrößerten Version der aktuellen Compact-Ausgabe, auf der ein großes »Q« prangte, am Brandenburger Tor herumstolzerte. Währenddessen hält die große Mehrheit der QAnon-Anhänger*innen das Eindringen ins Kapitol ebenso wie die Besetzung der Bundestagstreppe für von Geheimdiensten inszenierte Täuschungsmanöver. Doch neben aller Skepsis gibt es auch Stimmen, die sich von den Nachrichten aus D.C. inspiriert fühlten und den Wunsch äußern, dass »den Deutschen auch ein solches Herz wächst wie den tapferen Kämpfern vor dem Kapitol.«



Eine Konfrontation zwischen Proud Boys und Gegendemonstrant*innen in Portland (Oregon), 22. August 2020. Foto: Daniel Vincent

Störung auf Einladung

Wie gefährlich ein effektives Bündnis zwischen politischen Amtsinhaber*innen und extrem rechten Aktivist*innen auch in Deutschland sein kann, zeigte sich am 18. November 2020. Wieder wurde zum Eindringen in den Bundestag aufgerufen; und dieses Mal gab es auch einen Plan, der auf die Störung eines parlamentarisch-demokratischen Prozesses abzielte: Die Abstimmung über das neue Infektionsschutzgesetz. Während die Massen auf der Straße mit Wasserwerfern daran gehindert wurden, den Zugang zum Parlament zu blockieren, gelangten einige rechte Medienaktivist*innen auf Einladung von AfD-Abgeordneten tatsächlich ins Gebäude, wo sie Parlamentarier*innen kurz vor der Abstimmung bedrängten.

Extrem rechte Umsturzphantasien waren und bleiben nach Trump eine Gefahr. Dennoch zeigt das Beispiel USA, was für eine

Mobilisierungskraft von Agitator*innen in politischen Machtpositionen ausgeht. Es waren Trumps Versuche, das Ergebnis der Wahl zu kippen, die den heterogenen Zusammenschluss von Verschwörungsideolog*innen und organisierten Milizen auf ein konkretes Ziel fokussierten. Und es war Trumps Weigerung, die Nationalgarde einzusetzen, die den Insurrektionist*innen Zeit gab, hastig evakuierte Büros und Plenarsäle zu durchsuchen. In Deutschland ist es einer ähnlich zusammengesetzten Koalition bislang nicht gelungen, so weit ins Zentrum der politischen Macht vorzudringen. Das liegt jedoch nicht an mangelndem Willen, sondern an fehlender Organisationsfähigkeit. Wie in den USA stellen hier die Verbindungen der extremen Rechten zu Polizei und Militär eine besonders große Gefahr dar – eine Gefahr vor der marginalisierte Gruppierungen gewarnt hatten, lange bevor die extreme Rechte erneut den Angriff auf politische Institutionen wagte. •

1 z.B. <https://www.sueddeutsche.de/kultur/us-kapitol-reichstag-sturm-architektur-mob-1.5167373>

2 In diesem Text werden die Begriffe Insurrektion/Insurrektionist*innen analog zu den im englischen Sprachraum gebräuchlichen *insurrection/insurrectionist* verwendet. Gängige Übersetzungen wie "Aufständische" erscheinen unzutreffen. Die Verwendung der im Englischen gleichlautenden Begriffe unterstreicht den transnationalen Charakter der Phänomene.

3. Vgl. <https://www.npr.org/2021/02/10/966396848/read-trumps-jan-6-speech-a-key-part-of-impeachment-trial>

4 Vgl. https://journaltimes.com/news/local/police-in-kenosha-shared-water-said-they-appreciate-armed-group-before-two-killed/article_728054b3-363e-50da-9e70-326310588879.html

5 Vgl. <https://extremism.gwu.edu/sites/g/files/zaxdzs2191/f/This-Is-Our-House.pdf>, S. 16 und <https://www.cbsnews.com/news/capitol-riot-arrests-2021-03-23/>



Herbert Fischer (Hrsg.)

Aspekte der Souveränität

Mit Beiträgen von Hermann von Berg, Herbert Fischer, Günter Kießling, Johannes Otto, Wolfgang Seiffert, Otto Uhlitz, Hugo Wellem



Foto: Frank Metzger / apabiz

ARNDT

24

SCHUTZBUND
FÜR DAS
DEUTSCHE VOLK



Deutsches Volk – zentraler Grundwert der Verfassung Staatssekretär a. D. Dr. jur. OTTO UHLITZ †

Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht als Einwanderungsland und Vielvölkerstaat konzipiert. Schon aus dem ersten Satz der Präambel

Das Grundgesetz setzt in Art. 116 ein vor und unabhängig von jeder staatlichen Organisation existierendes Deutsches Volk als generations-

Dr. jur. Otto Uhlitz

– Geboren 1923 in der Mark Brandenburg. Nach Wehrdienst, Studium und Promotion 1956, Justiziar des Abgeordnetenhauses, ab 1957 auch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin. Enger Mitarbeiter Willy Brandts in allen Rechtsangelegenheiten während dessen Amtszeit als Präsident des Abgeordnetenhauses und Regierender Bürgermeister. 1968 bis 1975 Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Justiz des Landes Berlin. Anschließend Rechtsanwalt. Der Autor verstarb am 19. Juni 1987. "In den langen Jahren seiner Tätigkeit hat sich der Verstorbenen große Verdienste um die Weiterentwicklung des Verwaltungsrechts, die Neuordnung der bezirklichen Selbstverwaltung und den modernen Strafvollzug erworben, die ihre Würdigung durch die Verleihung des Verdienstkreuzes 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland fanden."



(Eberhard Diepgen)
Veröffentlichungen: Jurist. u. landeskundl. Schriften u. Fachaufsätze

Deutsches Volk oder "multikulturelle Gesellschaft"?

Von den verfassungsrechtlichen Grenzen der Ausländer- und Einbürgerungspolitik

inschaft von Menschen
hörigkeit voraus. Aus Art.
Verknüpfung des Bekennt-
n mit dem Bekenntnis zur
Satz 1 der Präambel) ergibt
schen Staatsangehörigen
che Volkszugehörige sein
ungswidrigen Ergebnisse
en Ausländerpolitik dürfen
seitig im Interesse der Aus-
Grundsatzes des Ver-
der Verhältnismäßigkeit als
chtet werden.

n Einwanderungsrecht, das
altung der Persönlichkeit
nderungsfreiheit. Grund-
be der staatlichen Organe,
ehen an der Verfassung zu
ebenfalls einzugrenzen,
keine Verfassung, sondern
n und bitte dann auch allen
ssen freien Lauf lassen und
"Verfassung" betrachten.

undesrepublik dürfen keine
und die Wiedervereinigung
sprachigen Minderheiten
sangehörigkeit entstehen.
raussetzungen dürfen daz-
tzt werden. Von Einwande-
nicht deutsche Volkszuge-
mehr grundsätzlich erwartet
durch Schulbesuch, Spra-
chnisse und in ihrer ganzen
to und kulturell der Gemein-

Rassismus der Mitte

Die seit vielen Jahren in der extremen Rechten populäre Idee vom »Großen Austausch« hatte zahlreiche Vorläufer, in Deutschland (West) reichen diese mindestens bis in die 1980er Jahre zurück. Die Idee, dass das »Deutsche Volk« planvoll durch eine elitäre Lobby in eine multikulturelle Gesellschaft umgewandelt wird, vertraten auch als verdienstvoll angesehene Personen der Berliner Stadtgesellschaft.

Von Ulli Jentsch

In Berlin erinnert nicht mehr viel an den Juristen Otto Uhlitz, der im Jahr seines Todes 1987 mit dem Verdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet wurde. SPD-Mitglied Uhlitz hatte jahrzehntelang in der Berliner Verwaltung gewirkt, an höchster Stelle zum Teil. So war er enger Mitarbeiter in der Senatskanzlei unter Bürgermeister Willy Brandt und später (1968-1975) auch Staatssekretär der Justizverwaltung. Seine Verdienste wurden weithin anerkannt, von irgendwelchen Details seiner politischen Ansichten ist nichts zu erfahren.

Der Rassismus der alten BRD

Seit Ende der 1970er und noch stärker in den 1980er-Jahren – da war der Verwaltungsjurist Uhlitz bereits Beamter im Ruhestand – entbrannte in der alten Bundesrepublik und damit auch in West-Berlin als einem Zentrum der Migration der Streit um die damals sogenannte Ausländerpolitik. Es wurde um die »planvolle Rückführung« der Gastarbeiter genannten Arbeitsmigrant*innen mithilfe von Rück-

kehrprämien gestritten, um Anwerbestopp, um Familiennachzug und doppelte Staatsbürgerschaft für die bereits lange in Deutschland lebenden Migrant*innen. Damit stand auch eine Frage auf der Tagesordnung, die noch heute zu harten Konfrontationen führt: Ist Deutschland ein Einwanderungsland?

Der öffentliche Ton gegen die Migrant*innen wurde schärfer bis hin zum offenen Rassismus. Bereits damals finden wir im Diskurs jene ideologischen Versatzstücke gegen die Einwanderung, vor allem von Menschen aus islamisch geprägten Ländern, von platten pseudo-biologischen bis hin zu vermeintlich feinsinnigeren kulturalistischen Phrasen. Im Jahr 1983 hatte sich die Partei »Die Republikaner« (REP) in Abgrenzung zur Union gegründet. Sie wurde zum Sprachrohr vor allem derjenigen, die sich von der veränderten, offeneren Gesellschaft bedroht fühlten und denen die versprochene konservative Wende von Bundeskanzler Helmut Kohl nach dessen Amtsübernahme 1982 nicht weit genug ging.¹

Anmerkungen zu einem Manuskript

Otto Uhlitz reihte sich in dieser Zeit in die Riege vorwiegend männlicher, wortmächtiger Gegner*innen der Einwanderungsgesellschaft ein. Er verfasste ein Manuskript mit dem Titel »Deutsches Volk oder Multikulturelle Gesellschaft? - Nationalstaat oder Vielvölkerstaat. Von den verfassungsrechtlichen Grenzen der Ausländer- und Einbürgerungspolitik«. In einem Schreiben an den Verleger Bernhard C. Wintzek (MUT-Verlag) schrieb Uhlitz: »Die BR (Bundesrepublik, d.A.) soll in ein Einwanderungsland und in einen Vielvölkerstaat umgewandelt werden und das deutsche Staatsvolk der Republik durch eine »multikulturelle Gesellschaft« ersetzt werden. Gegen diese Bestrebungen wende ich mich mit verfassungsrechtlichen Argumenten. Das ist im Gegensatz zu den vielfach vorgetragenen biologischen Argumenten, die einzige, kaum angreifbare Möglichkeit, die unserem Volke drohenden Gefahren abzuwehren.«² Uhlitz hatte vergeblich versucht,



seine Schrift, die bereits in der renommierten, SPD-nahen Zeitschrift »Recht und Politik« erschienen war, noch einmal als Buch zu veröffentlichen.

Auf 40 Manuskript-Seiten³ hatte er seine Sicht dargelegt, warum Deutschland kein Einwanderungsland sein könne. Er kritisierte den »Kurswechsel in der Ausländerpolitik«, die aus einer »Integration auf Zeit« eine »faktische Einwanderungssituation« herstelle. Es seien bereits 1980 die »Weichen in Richtung auf die Umwandlung der Bundesrepublik in eine ›multikulturelle Gesellschaft‹ gestellt«⁴ worden. Dies trage Züge eines »Umsturzes von oben«. Man setze sogar unter der Regierung Kohl (CDU/CSU-FDP) nicht auf Assimilation, sondern auf die »Teilhabe der Ausländer an unserem gesellschaftlichen Le-ben«. Dabei sei doch »Gesellschaft« ein Wort, das »mit Vorliebe« von jenen verwandt werde, die »Berührungsängste« haben, Begriffe wie Volk oder Nation zu verwenden oder aus ihrer »Gesinnung heraus (...) das Geschäft der ›Verneinung und Vernichtung der eigenen Nation‹ betreiben.«⁵ Worin die Teilhabe der erwachsenen Migrant*innen an der deutschen Gesellschaft bestehe, darüber würde die Kohl-Regierung keine Angaben machen: »Man könnte polemisch fragen: Genügt hier die Eingliederung in das soziale Netz, etwa die Beweilligung von Sozialhilfe?«.

Islamisierung und Reproduktionsfaktor

Wer Besorgnisse äußere, würde »mit der Keule des ›Faschismus‹-Verdachts bedroht« und »Sprachregler«, die bei uns bestimmen, was als »faschistisch« zu brandmarken ist«, würden vielleicht mehr Gesinnungszwang ausüben als »manche verrufene Militärdiktatur«. Zu jenen Besorgnissen gehörte auch schon bei Uhlitz der Hinweis auf die angebliche Tatsache (sic!), dass »diese Ausländer Mitglieder einer im Zuge der Re-Islamisierung verstärkt auf Expansion ausgerichteten Religionsgemeinschaft« seien, die »für alle Bereiche des öffentlichen Lebens einen

Absolutheitsanspruch geltend mache«. Und auch bei Uhlitz wird der Hinweis auf die hohe Reproduktionszahl der Einwandererten gemacht: es gebe die »Befürchtung«, dass die Türkei »ihr Bevölkerungswachstum in die Bundesrepublik« verlagere. Wohin gegen jene, die aus Toleranzgründen die Einwanderung befürworteten, zum Teil dieselben seien, die es als human ansähen, dass »jährlich 250.000 ungeborene Kinder im Mutterleib getötet werden«.

Aber »die Etablierung einer ›multikulturellen Gesellschaft‹ auf deutschem

“ Otto Uhlitz war mit seinen Äußerungen zur sogenannten »Ausländerfrage« damals ein bürgerlicher Exponent unter vielen und seine Schrift erregte nicht einmal viel Aufsehen. ”

Boden ist nicht nur ein Anliegen ausländischer Aktivisten«, wie Uhlitz schreibt, sondern auch einiger Deutscher, bei denen »sicherlich die Ansicht des (...) Herbert Marcuse,« eine Rolle spiele. »Immer mehr ›deutsche Mitstreiter‹«, so Uhlitz, unterstützen die Forderung, das deutsche Staatsvolk in der Bundesrepublik durch eine ›multikulturelle Gesellschaft‹ zu ersetzen, die Bundesrepublik in einen Vielvölkerstaat umzuwandeln« sowie den bereits eingewanderten Bevölkerungsgruppen »Minderheitenstatus, dauernde Niederlassungsrechte und die deutsche Staatsbürgerschaft« zu verleihen. All diese Forderungen seien verfassungswidrig.

Eingebürgert werden könnten solche, die sich »objektiv nachweisbar« assimiliert hätten, was ja von den derzeitigen Migrant*innen nicht erwartbar sei und

wozu sie auch nicht in der Lage seien. Uhlitz spricht von »nicht assimilierbar«, im Gegensatz zu seinen eigenen Vorfahren, böhmische Religionsflüchtlinge in Brandenburg, die eine »Eindeutschung« als selbstverständlich betrachteten. Und schließlich verstoße die Umwandlung in eine »multikulturelle Gesellschaft« auch gegen das Gebot, das deutsche Volk wieder zu vereinigen. Ein Argument, das nur wenige Jahre später ausgedient hatte.

Vorläufer Sarrazins

Uhlitz' Schrift fand insgesamt wenig Anklang, die Bundeszentrale für politische Bildung und auch das damalige Bundesministerium für innerdeutsche Angelegenheiten lehnten die Publikation ab. Daher wandte sich Uhlitz an einen damaligen Funktionär der jungen Partei »Die Republikaner«, den Leiter des Instituts für Weltwirtschaft an der Uni Kiel, Axel D. Neu. Durch ihn fand Uhlitz die Möglichkeit, seinen Aufsatz in dem bekannten extrem rechten Arndt-Verlag des Dietmar Munier nochmals zu publizieren.⁶

Otto Uhlitz war mit seinen Äußerungen zur sogenannten »Ausländerfrage« damals ein bürgerlicher Exponent unter vielen und seine Schrift erregte nicht einmal viel Aufsehen. Erst Jahre später sollte Thilo Sarrazin, ein weiteres SPD-Mitglied, die folgenschwerste Publikation dieser Art veröffentlichen. Dennoch: Die rassistische Mobilisierung hievte 1989 die Berliner Republikaner mit 7,5 Prozent in das Parlament, ein Dammbuch für die extreme Rechte. Die Wiedervereinigung beendete gleichwohl die Debatten um die deutsche Souveränität vorerst. Die Anteile der westdeutschen, alten Bundesrepublik an der rassistischen Mobilisierung verschwanden im Gedächtnis hinter den Gewalttaten der Baseballschlägerjahre. •

¹ Parallel dazu gab es einen sprunghaften Anstieg der militanten Nazi-Organisierung mit immer mehr gewalttätigen Angriffen. Siehe u.a. <https://www.nsu-watch.info/2012/03/terroristische-einzeltatereinigungen-der-neonazi-terror-der-achtziger-jahre-in-der-alten-bundesrepublik/>

² Schreiben Uhlitz-Wintzek v. 16. Februar 1987 [Archiv ADN im apabiz].

³ Das Manuskript liegt aus einem Briefwechsel zwischen Uhlitz und Axel D. Neu in mehreren Fassungen vor.

⁴ Gemeint ist ein Kabinettsbeschluss vom 19. März 1980 der Regierung Schmidt.

⁵ Uhlitz zitiert hier zustimmend Helmut Rumpf.

⁶ Der Aufsatz wurde in den Sammelband aufgenommen: Herbert Fischer (Hg.): Aspekte der Souveränität. Kiel 1987. Die Besprechung der Korrekturen führte nach dem Tod von Otto Uhlitz dessen Sohn Manfred durch.





Dirk Laabs: Staatsfeinde in Uniform. Wie militante Rechte unsere Institutionen unterwandern. Ullstein Verlag, Berlin 2021, 448 Seiten, 24,- Euro.

In keinem Bereich des rechten Terrors wird das geflügelte Wort vom »Einzelfall« von Politiker*innen und Sicherheitsbehörden öfter verwendet, als wenn es um die Verstrickung von Bundeswehr und Polizei in die extreme Rechte geht – und das immer noch ohne rot zu werden. Der Journalist Dirk Laabs liefert mit seinem neuen Buch »Staatsfeinde in Uniform. Wie militante Rechte unsere Institutionen unterwandern« den Beweis, dass es sich bei diesem Phänomen um nichts weniger als eine Kontinuitätslinie rechten Terrors handelt, die spätestens mit der Selbstenttarnung des NSU hätte gekappt werden können und müssen. Stattdessen befinden wir uns nun in einer Situation, in der gut ausgebildete und bewaffnete Soldaten und Polizisten ernstzunehmende Terrorpläne schmiedeten, bei denen unklar ist, ob sie durch die Enthüllungen der letzten Jahre – die vor allem Politiker*innen und Journalist*innen zu verdanken sind – wirklich vereitelt wurden.

»Staatsfeinde in Uniform«

Eine Kontinuitätslinie rechten Terrors

Von Caro Keller (NSU-Watch)

Ein strukturelles Problem

In diesem Buch, das auch eine aktuelle Bestandsaufnahme zu rechtem Terror in Deutschland zum Zeitpunkt Anfang 2021 ist, zieht der Autor diese Kontinuitätslinie tiefgreifend nach und untersucht unterschiedliche Ebenen. Laabs zeigt dabei konkret die Entwicklung rechter Strömungen innerhalb der Bundeswehr, insbesondere im Kommando Spezialkräfte (KSK). Die rechten Narrative, auf die sich diese Strömungen beziehen, wurzeln in den Taten der Wehrmacht und der SS und im Ausblenden der Verbrechen der Wehrmacht. Keine Einzelfälle, sondern ein strukturelles Problem, wie der Autor zeigt: »Nur eine Minderheit in der Bundeswehr war rechtsradikal, doch die Mehrheit ließ diese Minderheit seit Jahrzehnten unbehelligt agieren, das war das Problem.« Eine Pauschalkritik treffe daher durchaus den Kern (S. 273).

Auch in diesem Bereich des rechten Terrors spielen Geheimdienste eine tragende Rolle – wenig überraschend nicht auf der Seite der Aufklärung und Verhinderung. Laabs zieht hier einen Vergleich zu deren Vorgehen im NSU-Komplex: »Ziel [war es], möglichst viele Informanten zu werben und Informationen zu sammeln. Zum Ziel gehörte es aber nicht, irgendetwas mit dem Wissen anzufangen.« (S. 58) Dementsprechend versuchte der Militärische Abschirmdienst (MAD) gar nicht, Rechte aus der Bundeswehr rauszuhalten, sondern wollte sie als Informanten gewinnen. In dieser Vorgehensweise, das legt Laabs ausführlich dar, besteht nicht nur eine Parallele zum NSU-Komplex, sondern man befindet sich mittendrin: Zahlreiche Neonazis aus dem NSU-Unterstützungsnetzwerk leisteten

selbst den Wehrdienst ab und wurden vom MAD zumindest befragt oder angeworben.

Verbindende Ideologie

Doch die entscheidende Verbindung zwischen verschiedenen rechtsterroristischen Phänomenen sind nicht (nur) die Geheimdienste, sondern die gemeinsamen rechten Ideologien und Narrative. Sicherheitsbehörden seien nur in der Lage, Gruppen und Organisationen zu erkennen, so der Autor. Dabei stünden diese in der Kontinuität des rechten Terrors hinter den »immer gleichen Zielen« und den handelnden Individuen letztlich zurück. (S. 215 ff.) Bei den Behörden, der Justiz und in Teilen der Berichterstattung, das wissen wir, ist diese Erkenntnis bis heute nicht oder nur teilweise angekommen. Hier gilt weiterhin: Wer nicht in der NPD oder in einer Kameradschaft war, kann kein Neonazi sein.

Eines der verbindenden Ideologie-Elemente, das insbesondere bei rechten Polizisten und Soldaten zum Tragen kommt, nämlich Männlichkeit und die daraus resultierende Phantasie, Frau und Volk beschützen zu müssen, kommt in Laabs Analyse zu kurz. Dies hätte aber die Frage nach dem ‚Warum?‘ sicher zutreffender beantwortet als eine der Schlussfolgerungen aus »Staatsfeind Uniform«, die sich als »Extremisten sind halt so« zusammenfassen lässt. Auf der Faktenebene hat Laabs nach »Heimatschutz« jedoch erneut ein Standardwerk geschrieben, in dem Franco A., Marko G. oder »Hannibal« endlich nicht mehr als bedauerliche Einzelfälle dargestellt werden, sondern dort eingeordnet werden, wo sie hingehören: in die Kontinuität rechten Terrors. •

Traditionsverlag Hohenrain-Grabert gibt auf

Tübingen • Der traditionsreiche extrem rechte Hohenrain (früher Grabert)-Verlag wird seit Anfang Januar 2021 aufgelöst. Damit endet eine fast siebzigjährige Verlagstätigkeit, die nach der dritten Generation durch Bernhard Grabert liquidiert wird. Der Grabert-Verlag wurde 1953 von Herbert Grabert (Jahrgang 1901) als Verlag der Deutschen Hochschullehrer-Zeitung (DHZ) gegründet, die sich die Rehabilitierung von nationalsozialistischen Dozenten zum Ziel setzte. 1978 übernahm Wigbert Grabert nach dem Tod seines Vaters den Verlag, den er bereits seit sechs Jahren leitete. 1985 gründete er den Hohenrain-Verlag, 2013 übernimmt sein Sohn Bernhard die Geschäfte.

Hohenrain-Grabert produzierte mit der 2017 eingestellten Zeitschrift »Deutschland in Geschichte und Gegenwart« über ein halbes Jahrhundert das Zentralorgan »revisionistischer« Geschichtsfälschung in der Bundesrepublik. Die Verlage boten für das extrem rechte bis neofaschistische Spektrum zeitweise die bedeutendsten Publikationsmöglichkeiten in der Bundesrepublik. (uj)

Terrorpläne der »Europäischen Aktion« unaufgeklärt

Wien / Berlin • In Österreich sind erstmals Mitglieder der »Europäischen Aktion« (EA) zu milden Haftstrafen verurteilt worden. Das Gericht befand im Februar vier Angeklagte des Aufbaus einer nationalsozialistischen Organisation für schuldig, ein weiterer wurde freigesprochen. Freispruch gab es für alle in der Anklage des Hochverrats. Die EA, die auch in der Schweiz und Deutschland organisiert war, hatte das ausgesprochene Ziel, die parlamentarische Demokratie zu beseitigen und ein NS-ähnliches Regime zu errichten.

Nach repressiven Maßnahmen, darunter einer Großrazzia Mitte 2017 in Thüringen und Niedersachsen, hatte sich die EA als aufgelöst erklärt. Die Pläne der EA, eine europaweite, bewaffnete Miliz zur Erreichung ihrer Ziele aufzubauen, bleiben in Deutschland weiterhin unaufgeklärt. Der Gründer der EA, der Schweizer Holocaust-



Die neue Landeschefin der Berliner AfD, Kristin Brinker, bei einer Kundgebung am 23. Mai 2020 in Berlin Mitte. Foto: Frank Metzger / apabiz.

Leugner Bernhard Schaub, tritt seit Jahren auch in Berlin auf. Schaub führte noch im April 2018 eine Fortbildung für das Kollegium der Freien Schule am Elsengrund in Berlin-Mahlsdorf durch, obwohl die Schule von Schaub's Aktivitäten seit 2013 wusste. Das wurde aus einer Anfrage im Abgeordnetenhaus bekannt. (uj)

Berliner AfD mit neuem Vorstand auf wackligen Beinen

Paaren im Glien / Berlin • Am 13. und 14. März 2021 hat die Berliner AfD einen neuen Vorstand gewählt. Neue Landeschefin ist Kristin Brinker. Denkbar knapp setzte sie sich mit 50,21% im vierten Wahlgang gegen Beatrix von Storch durch und bescherte dieser eine peinliche Niederlage. Personell bedeutet diese Richtungsentscheidung eine weitere Radikalisierung, zeigt aber auch die innerparteiliche Spaltung. So wurde Brinker von Personen und Sympathisant*innen des offiziell aufgelösten Flügels ins Amt gehievt für die von Storch ein rotes Tuch ist. Auf die weiteren Vorstandsposten verteilen sich Personen aus beiden Lagern. Stellvertretende Vorsitzende wurden neben Flügel-Frau Jeannette Auricht die alten Bekannten Götz Frömming, Ronald Gläser und Karsten Woldeit. Unter den sieben Beisitzern sind mit Rolf Wiedenhaupt, Vadim Derksen, Gunnar Lindemann und Alexander Bertram künftig vier Personen mit Verbindungen in das

Lager des ehemaligen Flügels. Parteiintern umstritten ist schon jetzt Flügel-Kritiker Frank-Christian Hansel als neuer und alter Schatzmeister. Brinker und Hansel gelten als Intimfeinde. Brinkers Vorwurf der Misswirtschaft gegen Hansel ist derzeit vor Gericht – keine guten Vorzeichen für die anstehenden Wahlkämpfe. (fm)

Gedenktafel für Nguyễn Văn Tú

Berlin • Anfang Februar endete die Online-Abstimmung für den Bürger*innenhaushalt 2022/23 in Marzahn-Hellersdorf. Seit 2006 können Interessierte sich an der Aufstellung des bezirklichen Etats beteiligen. Mit 215 Stimmen belegte in diesem Jahr der Vorschlag einer Gedenktafel für den 1992 von einem Sympathisanten der extrem rechten DVU erstochenen Nguyễn Văn Tú den ersten Platz. In der Vergangenheit hatten Aktivist*innen bereits mehrfach provisorische Gedenkzeichen für den vietnamesischen ehemaligen Vertragsarbeiter am Ort des Verbrechens am Brodowiner Ring verlegt, die jedoch kurz darauf zerstört wurden. Bisher existiert lediglich eine Tafel in der Bezirkszentralbibliothek, welche von der Straße aus nicht zu sehen ist. Das Abstimmungsergebnis ist ein wichtiger Schritt für ein dauerhaftes Zeichen am Tatort. Am 24. April 2022 jährt sich der tödliche Angriff zum dreißigsten Mal. Über weitere Hintergründe berichtet unser Blog Berlin rechtsaußen. (kb)

- **Lucia Bruns: Der NSU-Komplex und die akzeptierende Jugendarbeit. Perspektiven aus der Sozialen Arbeit. BIS-Verlag der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, 2019.**

Der NSU-Komplex betrifft die Soziale Arbeit in ihren Grundsätzen. In Jugendeinrichtungen wie dem Winzerclub in Jena lernten sich militante Neonazis bei Konzerten oder Kameradschaftsabenden kennen. Möglich wurde dies u.a. durch die finanzielle Förderung im Rahmen des Aktionsprogrammes gegen Aggression und Gewalt (AgAG) und konzeptionell unterlegt durch den Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit. Antifaschistische und journalistische Recherchen haben inzwischen umfangreiches Wissen um den NSU-Komplex zusammengetragen; in der Wissenschaft ist das Thema jedoch randständig. Lucia Bruns zeigt anhand von Expert*inneninterviews wie die Soziale Arbeit die akzeptierende Jugendarbeit im Kontext des NSU heute betrachtet. Kritisch geht sie dabei auf soziologische und sozialpädagogische Erklärungsansätze ein. Das Buch gibt spannende Einblicke in die Fachdebatte und trägt zur (nicht nur wissenschaftlichen) Aufarbeitung des NSU-Komplexes bei. (sb)

- **Judith Goetz, FIPU, Markus Sulzbacher (Hg.): Rechtsextremismus Band 4: Herausforderung für den Journalismus, Mandelbaum Verlag Wien 2021.**

Der neueste Sammelband der »Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit« (FIPU) aus Österreich widmet sich diesmal dem Themenfeld Journalismus und Medien im Zusammenhang mit Rechtsex-

tremismus. Die Autor*innen beschäftigen sich in den zahlreichen Beiträgen mit Teilaspekten wie der Prozessberichterstattung, der Bildsprache in der Rechtsextremismusprävention oder aber auch dem Umgang von Journalist*innen mit Antifa-Recherchen. Die vielfältigen Erfahrungen von Medienvertreter*innen mit der Identitären Bewegung werden am Beispiel von deren (erfolgreicher) Selbstinszenierung in den österreichischen Medien aufgearbeitet. Der inhaltliche Fokus der Beiträge auf Österreich ist sicherlich kein Hindernis für eine gewinnbringende Lektüre auch für den deutschen Kontext. (ps)

- **Michael Kohlstruck, Jannik Landmark und Max Laube: Rechte Gewalt und Prävention. Berliner Erfahrungen 2015 bis 2017, Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 72, Berlin 2020.**

Die neue Studie des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin zeigt einmal mehr, wie unterschiedlich die Bewertungen rechter Gewalt in Berlin aus staatlicher und zivilgesellschaftlicher Perspektive ausfallen. Deutlich werden nicht nur die Diskrepanzen hinsichtlich der Frage, was ab wann und warum als rechte Gewalt oder rechter Angriff gewertet wird. Auch bei Prävention und der Bewertung von Aufklärungs- und Bildungsarbeit werden Kontroversen deutlich. Für die Studie wurden zahlreiche Interviews geführt – mit staatlichen Institutionen wie Polizei und Verfassungsschutz einerseits und zivilgesellschaftlichen Projekten (wie u.a. dem apabiz, der MBR und ReachOut) andererseits. Die Arbeit bietet zudem kurze vergleichende Bestandsaufnahmen anderer Großstädte und schlägt Handlungsoptionen vor, um rechter Gewalt entgegenzuwirken. (fm)

Wie Corona-Skeptiker unsere Demokratie und Freiheit bedrohen

Die Anti-Corona-Proteste haben gezeigt, wie tief die Skepsis gegenüber unserer Demokratie und wissenschaftlichen Erkenntnissen in Teilen der Bevölkerung verankert ist: Impfgegner, Verschwörungstheoretiker, Reichsbürger und Neonazis marschieren nebeneinander – ohne Abstand. Dieses Buch analysiert das Phänomen einer erschreckend breiten Allianz: von neuen und alten Feinden einer aufgeklärten Gesellschaft und des demokratischen Rechtsstaats.



352 Seiten | Klappenbroschur
€ 22,00 (D) / € 22,70 (A)
ISBN 978-3-451-39037-1
Erscheint am 7. April

HERDER

Lernen ist Leben

Neu in allen Buchhandlungen
oder unter www.herder.de

monitor - rundbrief des apabiz e.V.

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V.

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet donnerstag von 15 bis 19 Uhr und nach absprache

v.i.s.d.p.: c. schulze

fotos: alle rechte liegen bei den fotograf*innen

iban: DE30 1002 0500 0003 3208 00

bank für sozialwirtschaft

☎ 030. 611 62 49 ✉ mail@apabiz.de 🌐 www.apabiz.de

Unterstützt das apabiz!

Antifaschistische Arbeit kostet Geld. Wer das apabiz finanziell unterstützen will, spendet uns einen festen monatlichen Betrag (ab 5 Euro). Dafür bekommt ihr unseren Rundbrief *monitor*, unsere Reihe *magazine* und ab und an weitere Broschüren kostenlos zugeschickt. Wenn ihr uns besucht, bekommt ihr einen ☕ und könnt euch ein 📖 aus unserer Präsenzbibliothek ausleihen.